

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher
Nr. 11

Amisblatt für den Oberamtsbezirk Nagold u. Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt

Wochenschrift 6 mal. Bezugspreis: monatlich 1,60 Mark. Die Einzelnummer kostet 10 Pf. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum 15 Goldpfennige, die Reklamezeile 45 Goldpfennige. Nichterhalten der Zeitung infolge von Verweigerung oder Betriebsänderung besteht kein Anspruch auf Uebernahme. Postfachkonto Stuttgart Nr. 6780 - Für telephonisch erteilte Aufträge Uebernehmen wir keine Gewähr

Nr. 140

Altensteig, Samstag den 19. Juni

1926

Wochenrundschau

Der Tag des ersten Volksentscheids im Deutschen Reich liegt vor der Tür. In beispielloser Agitation wurde die Rechtsfrage über die Enteignung der früheren Fürsten zu politischen Zwecken ausgenützt. Das Für und Wider ist genug erörtert und es ist wahrlich höchste Zeit, daß dem betrüblichen Schauspiel ein Ende gemacht wird. Wer aus der ganzen Frage nur politische Gesichtspunkte herauszieht, der wird diesen Volksentscheid begrüßen und unterstützen. Wer aber die sachliche und rechtliche Seite prüft, der wird ihn ablehnen und der Abstimmung fernbleiben. Die neueste Erklärung des verantwortlichen deutschen Reichskanzlers Dr. Marx sagt noch einmal deutlich, daß die Beteiligung und Eintragung beim Volksentscheid den Grundfäden eines Rechtsstaates widerspricht. Im übrigen wird von den Gegnern wie von den Befürwortern des Volksentscheides übereinstimmend erklärt, daß eine gesetzliche Regelung unter allen Umständen nachfolgen muß.

Der Volksentscheid vom kommenden Sonntag in der Frage der Fürstenabfindung ist keinesfalls das letzte Wort. Dieses wird im Reichstag gesprochen. Die Vertretung der deutschen Länder, der Reichsrat, hat bekanntlich den Gesetzentwurf der Regierung zur Fürstenabfindung bereits angenommen. Nur in der Vertretung des Volkes, im Reichstag, war keine Einigung zu erzielen. Das Staats- und das Privateigentum der Fürsten soll getrennt werden. Ersteres soll ohne Entschädigung dem Staat und Volk zugeführt werden und den Fürsten verbleibe wie jedem Staatsbürger das Privateigentum. In den süddeutschen Staaten, vorweg in Baden, Württemberg, und Bayern, diese Auseinandersetzung bereits vollzogen. Daß es bei der ganzen Frage, die auf jahrhundertalte Besitzverhältnisse zurückgeht, noch Differenzpunkte gibt, liegt in der Sache. Der Gesetzentwurf der Regierung soll diese Auseinandersetzung erleichtern. Der Volksentscheid will sie erzwingen und greift in der Forderung der restlosen Enteignung zu weit. Er will nehmen, was in der ganzen Rechtsordnung geschützt ist. Darum muß auch bei einer etwaigen Annahme des Volksentscheids mit 20 Millionen Ja-Stimmen in dem vom Reichstage zu verabschiedenden Ausführungsgesetz eine Art Wiedergutmachung geschaffen werden. Die Befürworter des Volksentscheides geben dies selbst zu.

Der politisch denkende Deutsche wird beim Volksentscheid sich auch daran erinnern müssen, daß hinter dem kommenden Sonntag eine neue schwere innerpolitische Krise im Reich steht. Diese Krise wird kommen, wenn der Volksentscheid angenommen wird und sie wird nicht ganz ausbleiben, wenn er, wie zu vermuten ist, eine Ablehnung erfährt. Denn die Umbildung oder Erweiterung der Reichsregierung wird auf alle Fälle notwendig. Ueberdies schweben noch eine Reihe von innerpolitischen Problemen. Es sei nur an die Handelsvertragsverhandlungen erinnert und damit im Zusammenhang an die Frage der erhöhten Ausfuhrzölle für Getreide. Die wirtschaftliche Lage hat keine wesentliche Besserung erfahren. Sie ist bei der Landwirtschaft infolge des seit fünf Wochen andauernden Regenwetters geradezu katastrophal geworden. Der Rückgang der Reichseinnahmen aus Steuern und Zöllen, der im Monat Mai allein 150 Millionen Mk. betrug, gibt einen deutschen Fingerzeig.

Kingsum in der europäischen Welt zeigen sich in allen parlamentarisch regierten Ländern schwere Krisenzeichen. Man braucht nicht auf Polen hinzuweisen, wo es noch gar nicht erstlich ist, was Pilsudski mit seinem Staatsstreik bezweckt hat. Der General Haller, der bisherige Militärgeschef in Polen, wurde von der neuen Regierung in den Ruhestand versetzt. Die polnischen Sozialisten, die ursprünglich mit Pilsudski sympathisierten, haben sich nun gegen ihn gestellt. Sie fordern Neuwahlen. Pilsudski will die Korruption im polnischen Staatswesen bekämpfen, um so die Sanierung der Finanzen in die Wege zu leiten. Die Regierung tut seinen Willen, aber an eine Herabsetzung der Militärausgaben, die den polnischen Staatshaushalt besonders belasten, denkt man nicht. Die wirtschaftliche und politische Verwirrung ist nach dem Staatsstreich in Warschau also nicht behoben und man hat den Eindruck, daß der Kampf um die Entscheidung erst vorbereitet wird.

Auch in der benachbarten Tschechien kriselt es. Unerhörte Standstillen haben sich im Parlament bei Verabschiedung der Zollvorlagegetragen und es wird von den Parteien der Linken der Rücktritt von Beneš gefordert. Nicht weniger krisenhaft liegen die Dinge in Oesterreich. Es handelt sich dort um einen Schullampf. Die beiden großen Parteien, die Christlich-Sozialen und die Sozialdemokratie als die Träger der Regierung, sind über die Stellung des Religionsunterrichts aneinander geraten. Die Christlich-Sozialen wollen die Konfessionsschule wieder einführen. Der Unterrichtsminister hat einen Erlaß über einen neuen Lehrplan zum Religionsunterricht herausgegeben. In Wien, wo die Sozialdemokraten tonangebend sind, ist er damit

auf härtesten Widerstand gestoßen. Ein weiterer Streitpunkt betrifft die höheren Schulen. Die Stadt Wien will deutsche Mittelschulen einführen. Das Ministerium protestiert dagegen, weil es glaubt, daß durch die Bundesgymnasien gefährdet seien. Ueber die Auseinandersetzung ist der Unterrichtsminister Oesterreichs gestürzt worden und im Nationalrat kam es zu stürmischen Austritten und Krawallen.

In Bled bei Laibach tagte die Konferenz der Außenminister der Kleinen Entente. Sie will sich mit den Fragen der europäischen Politik beschäftigen. Da aber Beneš alsbald wieder nach Prag zurückkehren muß, dürften die Ergebnisse recht mager sein. Ein Ereignis, das noch besonders betrachtet werden muß, bildet das Bündnis Polens und Rumäniens. Es ist gegen Rußland gerichtet.

In Frankreich ist das Kabinett Briand zurückgetreten, weil es nicht gelang, die Finanzen zu ordnen und die französische Währung zu festigen. Das Kabinett Briand wechselte wieder einmal und Briand ist daran zum zehntenmal die Regierung neu zu bilden. Briand erstrebte ein Kabinett der nationalen Einheit von der Rechten bis zur Linken. Aber der Versuch ist gescheitert und so bleibt es zweifelhaft, ob Briand überhaupt ein Kabinett bilden kann. Man nannte bereits Poincaré als Finanzminister und Finanzdirektor. Er hat aber abgelehnt, weil ihm wohl die Parteien der Linken nicht verlässlich genug waren. Ob er nicht zuletzt wieder aufsteht, wenn die Bemühungen von Briand oder Herriot ergebnislos verlaufen? Denn die Differenzen im französischen Einkommen sind so groß, daß ein Regieren auf längere Zeit mit einer Linksmehrheit, die faktisch vorhanden ist, unmöglich erscheint. Die innere französische Politik unter Briand hat sich immer mehr nach rechts entwickelt. So erscheint es wahrscheinlich, daß eine Regierung Herriot-Poincaré in Erscheinung tritt. Die Sozialisten haben eine Beteiligung an der Regierung abgelehnt. Der Präsident der französischen Republik hat seinen Besuch in London vertagen müssen.

Eine böse Ueberraschung brachte dem Völkerverbund der Rücktritt Brasiliens. Es hat nicht nur seinen Verzicht auf einen Ratostisch ausgesprochen, sondern auch die offizielle Kündigung eingereicht. Es will damit einen Druck auf den Bund ausüben, um eine unangenehme Ratserweiterung zu erreichen. Dadurch erhält der Eintritt Deutschlands in den Bund eine neue Seite. Man wird zwar versuchen, Brasilien wieder auf vernünftige Wege zurückzuführen. Da die Kündigung ja erst nach zwei Jahren in Kraft tritt, ist dazu geraume Zeit. Bis dahin können sich die Verhältnisse grundlegend geändert haben. Brasilien wird den Beratungen des Bundes fernbleiben, ist aber nicht seiner Pflichten gegenüber dem Bund enthoben. Deutschlands Weg zum Bund ist nun frei. Denn auch Spanien hat zu erkennen gegeben, daß es im September an den Wahlen zum Völkerverbundrat nicht teilnimmt, weil es immer noch den Anspruch auf einen ständigen Ratostisch erhebt, der ihm aber nicht erteilt werden kann.

Zwischen Italien und der Schweiz ist plötzlich eine Spannung entstanden, die Mussolini an den Haaren herbeigezogen hat. Er versteht es ja glänzend die innerpolitischen Probleme durch Ablenkung auf außenpolitische Streitfragen zu sabotieren. Die Schweizer sollen angeblich das italienische Element in dem Kanton Tessin verdrängen wollen. In Bern hat man sich über die Anschuldigungen nicht sehr aufgeregt, denn die Schweizer Regierung kann nicht hindern, daß sich die Staatsbürger deutscher Zunge im Süden ihres Landes ansiedeln. Und dagegen richtet sich der Vorstoß der italienischen Presse und ihres Auftraggebers Mussolini.

Auch zwischen England und Rußland gab es Differenzen. Eine englische Note protestierte in Moskau gegen die Unterstützung der streikenden englischen Kohlenbergarbeiter durch russische Staatsgelder. Der Notenwechsel zwischen Rußland und England hat Erstaunen hervorgerufen, zumal bekannt wurde, daß erst kürzlich eine Abordnung konservativer englischer Parlamentarier aus Moskau zurückgekehrt ist, die bestrbt war, die Wirtschaftsbeziehungen wieder in Fluß zu bringen. Die englische Industrie will mit der deutschen im Ausland konkurrieren. Im Rahmen der englischen Weltpolitik kann man die scharfe Protestnote Englands verstehen, weil England ja erst mit der Türkei den Moskauer Vertrag abgeschlossen hat und dadurch den russisch-türkischen Freundschaftsvertrag für die Fragen des Ostens ausschaltete. Die Russen haben die Lieferung von Staatsgeldern an die Streikenden bestritten und bei aller Schärfe des Tones in London wird man sich bemühen, mit Moskau zu wirtschaftlichen Uebereinkommen zu gelangen. Die deutschen Wirtschaftspolitiker dürfen also nicht nur an einer Verständigung nach Weitem arbeiten. Sie werden sich rüsten müssen, damit wir in der Lage sind, eines Tages der englischen Konkurrenz auf russischem Boden erfolgreich zu begegnen.

Reichsminister gegen den Volksentscheid

Reichskanzler Marx über die Fürstenabfindung

Berlin, 18. Juni. In einer Unterredung mit einem Pressevertreter äußerte sich Reichskanzler Dr. Marx eingehend darüber, wie sich die Regierung zur Enteignung der Fürstenvermögen verhält und wie sie sich die Lösung der Frage der Auseinandersetzung der Länder mit den ehemals regierenden Fürstenhäusern denke. Er sagte u. a.: Eine völlige Enteignung kann die Reichsregierung nicht billigen, wie sie schon bei Einbringung des Gesetzentwurfes beim Reichstag klar zum Ausdruck gebracht hat. Eine entschädigungslose Enteignung des gesamten Vermögens bestimmter Staatsbürger in der im Entwurf vorgesehenen Art und Weise widerspricht den Grundfäden, die in einem Rechtsstaate die Grundlagen für jeden Gesetzgebungsakt zu bilden haben. Nach der verfassungsmäßigen Ueberwindung der Revolution müssen die Grundlagen des Rechtsstaates unverändert bleiben. Zu diesen gehören die Rechtsgleichheit aller Staatsbürger und die Unantastbarkeit des Privateigentums. Mit diesen obersten Geboten eines Rechtsstaates ist die in dem jetzt zur Abstimmung gelangenden Gesetzentwurf vorgesehenen entschädigungslose Enteignung nicht vereinbar. Die Reichsregierung hält eine gesetzliche Regelung für erforderlich. Sie hat daher ihrerseits dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorgelegt und ist entschlossen, mit allen Mitteln auf die Verabschiedung dieses Gesetzentwurfes zu dringen. Der Grundgedanke dieses Entwurfes beruht darauf, daß Staats- und Privateigentum der Fürsten getrennt werden und zwar derart, daß diejenigen Vermögensstücke, welche die ehemals regierenden Fürsten nur als Staatsoberhäupter besaßen haben, angehörs der veränderten staatsrechtlichen Verhältnisse nunmehr als das Eigentum des Staates und zwar ohne Entschädigung angehen werden sollen, während das reine Privateigentum den Fürsten verbleiben soll. Bei der im Gesetzentwurf der Reichsregierung vorgesehenen Auseinandersetzung muß den auf kulturellen und gesundheitlichem Gebiete liegenden Interessen der deutschen Länder besondere Rechnung getragen werden. Deshalb sollen den Ländern aus der strittigen Vermögensmasse solche Vermögensstücke, wie Theater, Schlösser, Museen, Sammlungen, Bibliotheken, Archive, Parkanlagen usw. zugeteilt werden. Im übrigen soll die Auseinandersetzung nach Billigkeit und unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage beider Teile erfolgen. Dabei soll insbesondere zugunsten der Länder in Betracht gezogen werden, daß die wirtschaftliche Lage des deutschen Volkes infolge des Krieges und seiner Nachwirkungen gegenüber den früheren Verhältnissen allgemein wesentlich herabgedrückt ist, während bei den vormals regierenden Fürstenhäusern die Notwendigkeit zu solchen Aufgaben weggefallen ist, zu denen sie früher als Träger der Staatsgewalt verpflichtet waren. In der Frage der Aufwertung sollen die ehemaligen Fürstenhäuser genau so behandelt werden, wie alle anderen Staatsbürger.

Reichsminister Dr. Kütz zum Volksentscheid

Berlin, 18. Juni. Der demokratische Reichsminister des Innern Dr. Kütz gewährte einem Vertreter des VVA eine Unterredung über seine Stellungnahme zu dem Volksentscheid, in der er u. a. erklärte: Die entschädigungslose Enteignung, wie sie der Volksentscheid erstrebt, geht weiter als das, was die Machthaber der Revolution und die Reichsregierung vor Erlaß der Verfassung als zulässig erklärt haben. Nachdem wir aber seit 8 Jahren die Revolution hinter uns haben, und nachdem inzwischen in den meisten Staaten die Auseinandersetzung mit den Fürsten durch die Volksvertretungen geregelt ist, geht es nicht an, sich zu einer Maßnahme zu entscheiden, die ihrem Charakter nach revolutionär ist. Ich halte die unterschiedslos ausgesprochene entschädigungslose Enteignung aber auch für eine grobe Ungerechtigkeit aus Gründen, die in der Öffentlichkeit noch nicht dargelegt worden sind. Manche Fürsten haben für Kunst und Wissenschaft, für Kultur- und Wohlfahrtszwecke mehr Mittel aufgewendet, als ihnen aus der Ziviliste zufließen. Es ist also mit den Grundfäden der Verfassung unvereinbar, alle Fürsten gleichmäßig ohne Entschädigung zu enteignen. Auf die Frage: Sehen Sie sich bei Ihrer entschiedenen Ablehnung der Enteignung nicht in Widerspruch mit der demokratischen Partei? erklärte der Minister: Im Gegenteil, wenn ich für diese Enteignung wäre, würde ich die demokratische Reichstagsfraktion desavouieren, ich würde den bekannten Inhalt der Demokratie verleugnen, der gleichbedeutend ist mit Gerechtigkeit und Ordnung, ich würde mich in Widerspruch setzen mit der offiziellen Rundgebung der Partei vom 22. Mai 1926.

Neues vom Tage.

Konferenz der Ernährungsminister

München, 18. Juni. In der Nachmittagsberatung der Ernährungsminister gab Reichsernährungsminister Dr. Haslunde die Versicherung ab, daß weder in der Getreidehandelsgesellschaft, noch in dem Ressort des Reichsernährungsministeriums Bestrebungen beständen, aus der Getreidehandelsgesellschaft ein Getreidemonopol werden zu lassen. Ministerialrat Kuassowski teilte u. a. mit, daß die Verschuldung der Landwirtschaft an Real- und Personalkrediten 3,1 Milliarden betrage. Dazu kämen etwa 3 Milliarden Aufwertungsschulden und 2 Milliarden Rentenbankgrundschulden. Großes Aufsehen machte die Mitteilung, daß von den 250 Millionen, die als Kredite für die Landwirtschaft von der Golddisfontbank bereit gestellt wurden, bis heute nur etwa 120 Millionen abgenommen und in die Hände der Kreditnehmenden und kreditbedürftigen Landwirte gelangt sind. Ueber die Gründe dafür teilte Reichsernährungsminister Dr. Haslunde u. a. folgendes mit:

Die Schuld daran, daß das Geld nicht schnell genug an die Landwirte herankommt, liegt nicht an der Zentrale. Wenn einzelne Institute noch zu ängstlich und zu engherzig in der Bewilligung der Kreditanträge sind, so entspricht das durchaus nicht den Intentionen des Reichsernährungsministeriums. Wenn es nicht anders wird, dann ist das Reichsernährungsministerium genötigt, die Kredite dahin abzugeben, wo man mit der Kreditaktion am schnellsten arbeitet. Was die Zinsfrage anlangt, so sei nach seiner Auffassung festzustellen, daß leider die Zinsänderung und vielerorts gerade auch die landwirtschaftlichen Genossenschaften sie in zu großer Höhe anwendeten.

Der preussische Landwirtschaftsminister Steiger führte aus, daß es sich für den kommenden Herbst vor allem darum handele, 1,3 Milliarden Mark für die Bergung der Ernte zur Verfügung zu stellen. Dabei sei zunächst an die Sparkassenverbände zu denken und dafür zu sorgen, daß diese nicht im Herbst Rückbildungen der gegebenen Kredite einleiten ließen, sondern neue Kredite gewährten. — Damit war die Tagung beendet. Die nächste Konferenz soll in Hamburg stattfinden.

Verkauf ehemals deutschen Besitzes in Neu-Guinea

London, 18. Juni. Ehemals deutsche Besitzungen in Neu-Guinea, die offiziell mit 397 000 Pfund Sterling bewertet wurden, sind von dem Verwalter des feindlichen Eigentums für 475 000 Pfund Sterling verkauft worden.

Zusammenstöße in Berlin

Berlin, 18. Juni. Zu einer größeren Schlägerei kam es heute abend gegen 10 Uhr zwischen Mitgliedern der Rechtsparteien u. Reichsbannerleuten, sowie roten Frontkämpfern am Halleschen Tor, wo von den Linksparteien starke Wahlpropaganda getrieben wurde. Die Krawalle zogen sich bis zum Blücherplatz hin, wo dann eine Radfahrerstreife und das Ueberfallkommando der Schutzpolizei eingriffen und die Kämpfenden auseinander brachten. Dabei wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen.

Das Hochwasser auf dem Bodensee

Konstanz, 18. Juni. Der Konstanzener Pegel zeigte gestern mit einem Stand von 5,20 Metern ein Steigen des Hochwassers um 5 Zentimeter an. Das Wasser steht jetzt am Rande des Stadgartens. Der Pegel von Stedhorn (Schweiz) zeigt 5,30 Meter. Das Wollmatinger Ried ist vollständig überschwemmt. Die Dampfschiffahrt auf dem Bodensee gestaltet sich immer schwieriger, da auch die Anlegestellen vom Wasser teilweise überflutet werden. So ist die Landungsbrücke von Unter-Abdingen schon fast ganz überschwemmt. In Ueberlingen steht die Löwenbrücke unter Wasser und muß gegen das Fortschwimmen geschützt werden.

Uberschwemmungen am Untersee

Berlin, 18. Juni. Die Überschwemmungen am Untersee, der in der vergangenen Nacht 5 1/2 Zentimeter gestiegen ist, nehmen immer bedenklichere Formen an. In Etzold und Ermatingen sind die Keller und Erdgeschosse der Häuser überflutet. Auch in Berlingen wächst die Wasserfront beständig. In Gottlieben ist der Landungsplatz überschwemmt. Am Rhein entlang sind alle Hafenspläze unter Wasser.

Neuer Umsturz in Portugal

Paris, 18. Juni. Nach Meldungen aus Lissabon hat General Costa den Ministerpräsidenten Cabecadas in einem Schreiben zur Demission aufgefordert und angekündigt, daß er selbst die Ministerpräsidentenschaft und das Ministerium des Innern übernehmen werde. Cabecadas ist zurückgetreten. General Costa befehligte verschiedene strategische Punkte der Hauptstadt und ließ die Truppen einmarschieren.

Ein polnisch-rumänisches Bündnis

Wied (Belges), 18. Juni. Die Senation des gestrigen Tages war die Erklärung des rumänischen Außenministers, daß Rumänien ein Bündnis mit Polen abgeschlossen habe. Die Mitteilung erregte in diplomatischen Kreisen das größte Aufsehen. Die Vertreter Jugoslawiens und der Tschechoslowakei erklärten bei der Konferenz, daß diese Tatsache einen völligen Umsturz der Grundideen der kleinen Entente bedeute. Die Tschechoslowakei und Jugoslawien seien darüber einig, daß sie niemals einen Vertrag eingehen könnten, der sich in irgend einer Weise gegen Rußland richte. In der russischen Frage müßten sich Jugoslawien und die Tschechoslowakei stets frei Hand vorbehalten.

Eine todbringende Impfung

Berlin, 19. Juni. In Chemnitz starb der dreißährige Sohn eines Großkaufmanns, der wegen einer Malariaerkrankung eines anderen Kindes des Kaufmanns mit vorübergehendem Serum geimpft worden war. Die Kriminalpolizei stellte bei der Sektion der Leiche an der Einstichsstelle Eitererreger fest. Die weitere Abgabe des Serums wurde polizeilich gesperrt. Der Erfinder des Serums, Professor Degtwin-Greifswald gab bei seiner Vernehmung an, daß das verwendete Serum nicht genau nach Vorschrift angefertigt worden sei.

Das Hochwasser im Reiffe- und Obergerbiet
Berlin, 18. Juni. Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ aus Guben meldet, hat im Landreise Guben das Hochwasser gewaltigen Schaden angerichtet. Mehrere Ortshäuser sind von jeglichem Verkehr abgeschnitten. Ueberdies macht sich bereits eine große Futternot bemerkbar. Bei dem Dorfe Strega ist gestern abend der Damm gebrochen. Infolgedessen mußte das Dorf Höhen geräumt werden. Die Bewohner kampieren im Walde. Pioniere sind eingesetzt worden. Die Gefahr eines Dammbrechens besteht weiter noch bei der Ortschaft Antoinettenruh. Nach dort ist gestern Reichswehr aus Frankfurt a. O. beordert worden.

Die Opfer des Jyllons in Afrika
Paris, 18. Juni. Nach einer Meldung der Agentur Indo Pacificque aus Cagun sind dem letzten Jyllon in Afrika 2764 Personen zum Opfer gefallen.

Gründung einer national-republikanischen Partei Deutschlands

Berlin, 18. Juni. In Berlin wurde unter dem Vorstich von Dr. Kauber eine neue Mittelstandspartei unter dem Namen National-republikanische Partei Deutschland gegründet. Die neue Partei tritt für die Farben schwarz-weiß-rot ein, stellt sich aber auf streng republikanischen Boden.

Mutter und Kind vom Blitz erschlagen

Augsburg, 18. Juni. Nach einer Blättermeldung schlug in Höfenek bei Scharching der Blitz in das Haus eines Hofbesizers ein. Die 46 Jahre alte Frau Therese Schütz und ihr 4jähriges Töchterchen, die sich in dem Hause zu Besuch befanden, wurden von dem Blitz getroffen. Sie konnten nur noch sterbend aus dem in Flammen aufgehenden Hause geborgen werden.

Briand gescheitert

Paris, 18. Juni. Die Bemühungen Briands zur Kabinetsbildung sind gescheitert. Briand hat den ganzen Vormittag hindurch ununterbrochen mit Poincare und Herriot verhandelt. Die Aussprache mit dem Kammerpräsidenten die über 3 Stunden bis 1/2 Uhr dauerte, hat einen besonderen dramatischen Verlauf genommen. Trotz dringendster Vorstellungen ist es Briand nicht gelungen, Herriot umzustimmen. Herriot hat sich definitiv geweigert, in das neue Kabinett einzutreten.

Giftgase die Ursache des Rif-Zusammenbruchs

Berlin, 18. Juni. Die Tatsache des Todes sämtlicher von Abd el Krim gefangener spanischer Offiziere wurde bis heute von der spanischen Presse mit Stillschweigen übergegangen. Die Erklärung für diese merkwürdige Zurückhaltung ist folgende: Die spanischen Flieger verwendeten während der letzten Kämpfe im Rifgebiet fast ausschließlich Giftgasbomben, die über den meisten Ortshäusern des Rif abgeworfen wurden und dort ihre fürchterlichen Wirkungen hervorriefen. Dies ist auch der Grund für den raschen Zusammenbruch des marokkanischen Widerstandes. Um das Bombardement zu verhindern, brachte Abd el Krim viele gefangene Spanier in die bedrohten Gegenden, wo sie nach und nach den Tod fanden, da die spanischen Flieger weiterhin mit Giftgasen arbeiteten.

Württembergischer Landtag.

Stuttgart, 18. Juni. Der Landtag beendigte heute die Einberberatung des Etats des Innern. Bei den Kap. Oeffentliche und soziale Fürsorge kam die Hochwasserkatastrophe im Oberrhein zur Sprache. Neben aller Parteien lehnten sich für Hilfsmittel ein und Minister B o l t teilte mit, daß sich die Schäden nach vorläufiger Schätzung auf 4-5 Millionen Mark, davon 3,8 Millionen für Privatpersonen, 400 000-500 000 Mark für die Gemeinden betragen, 50 000 Mark hat die Regierung sofort zur Verfügung gestellt, 20 000 Mark die Zentralleitung für Wohltätigkeit. Ein Aufruf zur Sammlung im ganzen Lande für die Hochwasserbeschädigten wird morgen erfolgen, ferner will die Regierung den Landwirten und Industriellen Darlehen geben, Steuerstundung und Steuererlaß gewähren und sich auch an das Reich wegen der Erwerbung von Reichsmitteln wenden. Die Verteilung der Gelder soll durch Bestloosentscheide erfolgen. Wenn sich der Schaden ganz übersehen läßt, wird die Regierung mit einem Kreditsatz an den Landtag herantreten. Ein entsprechender Zentrumsantrag wurde angenommen, desgleichen ein Antrag des Bauernbundes, die Fischbeiträge von 200 000 Mark bis zum doppelten Betrag zu erhöhen. Das Fürsorgewesen wurde ebenfalls näher besprochen. Auf die erhobenen Einwände erklärte der Minister, daß auf dem Gebiet des Fürsorgewesens heute mehr getan werde, denn je und daß er keinen Grund sehe, die Wohlfahrtskasse ganz dem Wirtschaftsministerium zu übertragen. Ein eigenes Fürsorgegesetz hielt der Minister nicht für notwendig. Angenommen wurde ein Antrag Plan 4 (Dem.), bei den Fürsorgeämtern eine allgemeine und planmäßige Kontrolle für die Transfuganten und ihre Familien im engen Zusammenwirken mit den alkoholgenerrischen Vereinen durchzuführen, desgleichen einzelne Ausschüsse bett. Aufnahme einer Staatsanleihe und deren Verzinsung und Tilgung aus den Mitteln der Kraftfahrzeugsteuer, Berücksichtigung der bedrängten Gemeinden und Amtskörperchaften bei den Straßenbauarbeiten und nachdrückliche Korrekturen von Runt und Kems. Sodann begann das Haus die Beratung des Finanzetats. Dabei teilte Finanzminister Dr. Dehlinger mit, daß die Verhandlungen mit dem Reich bezüglich der Abfindungssumme für die Ueberlassung der mittl. Post noch im Gange sind. Die bisherige Abschlagszahlung von 3 Millionen Mark, wurde dem Grundstock zuzurechnen und ist für den Bau des staatlichen Geschäftsbauwerks an der Königstraße vorzusehen. Die rückständigen Beiträge der Gemeinden zu den Lehrerbefoldungen betragen 1,2 Millionen Mark. Gehaltsaufbesserung konnte der Minister für keine Beamtengruppe in Aussicht stellen, da die Tendenz der Regierungen bei den Gehältern von jetzt an abwärts geht. Es sind Vereinbarungen im Gange, daß kein Staat über die Reichsbefoldungsordnung hinausgeht. Gegen die Veröffentlichungen monatlicher Ausweise über die Einnahmen und Ausgaben des Staates äußerte der Minister Bedenken, doch erklärte er sich bereit, dem Finanzsausschuß monatlich Mittelzahlen darüber zu machen.

Aus Stadt und Land.

Altenfest, den 19. Juni 1928.

Platzkonzert. Am morgigen Sonntag wird auf dem unteren Marktplatz von 11-12 Uhr von der hiesigen Stadtkapelle bei günstiger Witterung ein Platzkonzert gegeben werden.

Spareinlagenaufwertung bei der Stadt. Sparkasse Altenfest. Die Umrechnung der alien Sparguthaben, deren Stand am 1. Januar 1918 3,1 Millionen Mark war, ist nunmehr vollzogen. Die annähernd 4000 Sparkonten haben einen Goldmarkgehalt von 2,167,005 Mark, jedoch sich bei einem Aufwertungssatz von 12 1/2 Prozent eine Aufwertung von 270 875 Mark ergibt. Die Aufwertung der Forderungen der Sparkasse weist eine Summe von rund 200 000 Mark auf (von einigen Städte- und Verbandsdarlehen steht das Maß der Aufwertung noch nicht fest), jedoch die Kasse bei nur 12 1/2-prozentiger Aufwertung ca. 70 000 Mark selbst zuziehen muß. Sie hofft, diesen Betrag aus eigenen Mitteln ohne Inanspruchnahme des Gewährleistungsvorstands aufbringen zu können.

Schülerturntag in Rohrdorf. Am morgigen Sonntag treffen sich in Rohrdorf unsere Jüngsten, um unter jugendlicher Hand in schlichtem Rahmen bei Turnen und Spiel einige Stunden gemeinsam zu verbringen. Ist es nicht schon ein edles Ziel, wenn sich in der Deutschen Turnerschaft Personen finden, die stets der Jugend ihre Zeit und Kraft widmen in der richtigen Erkenntnis, daß „in der Jugend unsere Zukunft“ liegt und daß sie in der Tat helfen, ein körperlich und geistig gesundes Volk heranzubilden. Wäre es nicht noch erfreulicher, wenn die breite Oeffentlichkeit der Jugendsache ihr Interesse entgegenbringen und der Jugend neuen Ansporn geben würde; die freudig bewegten Kindergeichter werden sicher genug Dank sagen. Drum auf zu einem kleinen Spaziergang nach Rohrdorf. Hoffen wir, daß der Wettergott es morgen mit unseren Jüngsten gut meint.

Agold, 18. Juni. (Süßmostrbereitung.) In zahlreichen größeren Orten, so in Keutlingen, Tübingen usw., hat der alkoholfreie Most viele Anhänger gefunden und seine Herstellung findet immer mehr Eingang. Zur Herstellung desselben hat sich der von dem badischen Obstbaulehrer Baumann erfundene Apparat, ein Flächenrohr, sehr gut bewährt. Obstbaulehrer Baumann gab unlängst in Stuttgart einen Kursus in der Herstellung alkoholfreier Moste, dem 70 Teilnehmer anwohnten, auch Gärtnerbesitzer Jul. Raaf und Schuhmachermeister Kern, welche sich zur Herstellung des Süßmostes zur Verfügung stellten. Ersterer mit seiner fahrbaren Mosterei, letzterer zur Bedienung des Apparates und Anleitung für die Bereitung des Süßmostes. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß der Süßmost, welcher geeignet ist der ganzen Familie, also auch den Kindern, einen gesunden Erfrischungstrank zu bieten, hier viele Freunde und Anhänger finden dürfte.

Calw, 18. Juni. Die hiesige Deutsch-demokratische Partei ist mit der Berliner Parteileitung über die Stellung zum Volksentscheid nicht einverstanden. Sie hält die vollständige Enteignung der Fürstenvermögen für ungerecht und unmoralisch und den Weg für politisch unritlich. Sie fordert deshalb ihre Mitglieder auf, sich an der Abstimmung nicht zu beteiligen.

Calw, 18. Juni. Die Teerung der Straßen hat sich im vergangenen Jahr sehr gut bewährt, namentlich bei den Straßentritten, die bei trockener Witterung geteert wurden. Da die Straßenaufsicht die im vorigen Jahr geteerten Hirsauer- und Stuttgarter Straßen heute wieder teeren läßt, hat sich der Gemeinderat entschlossen, von der Firma Kirchhoff-Stuttgart die Teerung der Bahnhof-, Blücher- und Badstraße ebenfalls wieder ausführen zu lassen. Es handelt sich dabei um eine Fläche von 6100 Quadratmeter. Für den Quadratmeter verlangt die Firma 41 Pfg. Mit den sonstigen Auslagen kommt die Teerung auf 3000 Mark. Dieser Betrag ist hoch, da aber die Straßen ein bis zwei Jahre länger halten, ist die Ausgabe berechtigt. Der Firma wird die Auflage zuteil, die Teerung nur bei gutem Wetter auszuführen. — Die Stadt hat zum Ausgleich der Gemeindefinanzlagen keinen Beitrag aus dem Ausgleichsstock erhalten. Die Begründung ist ganz eigenartig. Die Gemeindefinanzlage wurde auf 16 Prozent festgelegt. In der Antwort wird nun hervorgehoben, daß nur bei einer erheblichen Erhöhung der Gemeindefinanzlage über 15 Prozent ein Beitrag gegeben werden kann. Hätte also der Gemeinderat die Ausgaben nicht heruntergedrückt, sondern etwa 18 Prozent Gemeindefinanzlage erhoben, dann wäre ein Beitrag aus dem Ausgleichsstock möglich gewesen. Nun sollen nach dem Gesetz bekanntlich nicht mehr als 12 Prozent Gemeindefinanzlage erhoben werden, es ist deshalb unbegreiflich, daß 16 Prozent zu nieder sein sollen, um die Wohlfahrt des Ausgleichsstocks erfahrung zu können. Derartige Gesetze und Verordnungen richten sich selbst. — Die Unterbringung der Frauenerwerbschule gestaltet sich sehr schwierig. Die Klassen nehmen zu und die Räumlichkeiten fehlen. Im ehemaligen Bezirkskommando, wo in nächster Zeit das Zollamt seinen Einzug hält, wurde bereits ein Raum für die Schule gemietet. Das Finanzamt Ludwigsburg hat sich nun bereit erklärt, einen weiteren Raum gegen mäßigen Mietzins abzutreten, jedoch eine weitere Klasse Aufnahme finden kann. Die Ausgaben für Einrichtung des Schullokals hat die Stadt zu bestreiten; sie belaufen sich auf etwa 1800 M. — Das Finanzministerium hat den Bau eines Beamtenwohnhauses genehmigt. Die Stadt tritt hierzu 12 1/2 Prozent unentgeltlich ab. Das Haus enthält 5 größere Wohnungen



9 Pfennig

kommen aus der Fürstenteignung im Jahr auf jeden Kriegsbeschädigten, Kleinrentner und Arbeitslosen?

Lohnt es sich darum zur Wahlurne zu gehen? —

Sparer u. Rentner!

Lohnt Euch durch den gekörn unter dieser Überschrift erscheinenden Aufruf nicht beirren! Es ist wohlüberlegt, daß die Einkünder ihren Namen nicht unter den Aufruf gesetzt haben; ihr wahres Gesicht kann sich vor Euch nicht mehr sehen lassen. Es sind dieselben, die Euch vor den letzten Reichstagswahlen mit Aufwand von viel Druckerwärze versichert haben, daß nur sie Eure Interessen vertreten werden, und die damit Millionen Stimmen von Euch eingefangen haben. Es sind dieselben, die dann durch ihren damit erzielten Zuwachs an Reichstagsmandaten es durchgedrückt haben, daß statt gerechter Aufwertungsgehalte für Euch die Enteignungsgehalte vom 15. Juli 1925 geschaffen wurden, durch die Ihr mit 75 bis 97% Prozent Eures rechtmäßigen Besitzes enteignet worden seid. Es sind dieselben, in deren Hände Eure Vorkriegsvermögen zu Unrecht verschoben worden sind. Darum laßt Euch nicht zum zweitemal betrügen und stimmt morgen in Wahrung Eurer berechtigten Interessen unbedingt ab!

Schwarz.

Altensteig, 18. Juni 1926.

Todes-† Anzeige

Teilnehmenden Verwandten und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß heute Vormittag 9 Uhr unser lieber Bruder und Onkel

Friedrich Wurster

Privatmann

nach kurzer Krankheit im Alter von 80 Jahren sanft im Herrn entschlafen ist.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
die Nichte: Lina Kalmbach.

Beerdigung am Sonntag, 20. ds. Mts.
nachmittags 1/2, 2 Uhr auf dem alten Friedhof.

Altensteig.

Todes-Anzeige.



Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, meinen lieben Mann, unsern unvergesslichen I. Vater, Groß- und Schwiegervater

Friedrich Gauß

Donnerstag Abend 1/9 Uhr unerwartet rasch im Alter von 68 Jahren in die ewige Heimat abzurufen.

Die trauernde Gattin: Kathr. Gauß,
geb. Saalmüller, mit ihren Kindern.

Beerdigung Sonntag Mittag 3 Uhr
auf dem alten Friedhof.

Altensteig.

Von eingetroffenen größeren Sendungen empfehle in
1/4, 1/2, 3/4 reifer Ware

Ia. 20% Mlg. Stangenkäse

in Kisten à 30 / 50 Pfd. zu 60, 63, 65 Pfg.
in 10 Pfd. Carton zu 65, 68, 70 Pfg.

Chr. Burghard jr.

Verdingung von Bauarbeiten.

Nachgenannte Arbeiten zum Neubau eines Dienstwohngebäudes für die Versorgungsanstalt Waldeck bei Nagold werden hiermit zur Bewerbung ausgeschrieben.

Anschlagsbetrag	
1. Schreinerarbeiten	3 838,70 RM.
2. Schlosserarbeiten	863,50 RM.
3. Glaserarbeiten	1 573,00 RM.
4. Anstricharbeiten	1 683,45 RM.

Die Verdingungsunterlagen sind bei der Versorgungsanstalt Waldeck zur Einsichtnahme durch die Bewerber ausgelegt.

Angebote sind ebendasselbst bis Montag, den 28. Juni 1926, vormittags 11 Uhr, einzureichen, zu welcher Zeit die Eröffnung stattfindet. Unbekannte Bewerber haben ihren Angeboten Fähigkeits- und Vermögenszeugnisse neueren Datums beizufügen.

Zuschlagsfrist 4 Wochen.

Reichsbauamt Stuttgart.

Lina Macke

Adolf Schumacher

Verlobte

Stuttgart

Göttelsingen
Stuttgart

Juni 1926



Musik-Berein
Altensteig.

Ausflug

mit Ziel Garrweiler
Sammlung Stadtgarten 1
Uhr. Dort Festsetzung des
Wegs.



Liederkranz
Altensteig.

Morgen Sonntag

Ausflug

nach Garrweiler.
Abmarsch 1/2 Uhr bei der
Turnhalle.

Bestellungen

auf

Sinnach- zucker

nimmt entgegen
Konsumverein.

Kirchliche Nachrichten.

3. S. n. Dr., 20. Juni,
Vormittags - Gottesdienst
um 1/10 Uhr mit Predigt
über Phil. 2. 12-18:
Wollen und Vollbringen.
Lied 4. 315. Nachher
Kindergottesdienst. Die
Christenlehre fällt wegen
den Beerdigungen aus.
Abends 8 Uhr Gemein-
schaftsstunde.
Am Mittwoch Abend 8 1/2 Uhr
Bibelstunde im Lutheraal.

Methodistengemeinde.

Sonntag, den 20. Juni 1926,
vormittags 1/10 Uhr
Predigt, vormittags 11 Uhr
Sonntagsschule, abends
8 Uhr Predigtgottesdienst.
Mittwoch, den 23. Juni 1926,
abends 8 1/2 Uhr Bibel-
und Gebetsstunde.

Mehr als

500000 Mk.

haben bis jetzt die Versammlungen gekostet, die die Sozialdemokratie zum Zwecke der Fürstenteignung abgehalten hat!

Empfehle:

Ia Spezial Mullmehl

Brotmehl, Futtermehl, Brennmalz

Maiszuckermehl, Leinmehl

Torfmelasse, Futtergerste,

Gerstenschrot,

La Plata-Hafer, Plata-Mais

und Weizenmehl

Fernex bringe mein

Weinlager

in empfehlende Erinnerung.

M. Schnierle; Altensteig.



Landwirtschaftl. Bezirks-Berein Nagold.

Die Vorstandschaft des Landw. Bez.-Bereins Nagold
bittet seine Mitglieder und alle Landwirte, sich

an der Abstimmung

über die Fürstenteignung am Sonntag

nicht zu beteiligen

Der Verein beteiligt sich grundsätzlich nicht an politischen Wahlen, da wir aber in dem Enteignungsantrag den ersten Schritt zur Aufhebung des Privateigentums erblicken, ist es unsere Pflicht die Landwirte vor der Abgabe ihrer Stimme zu warnen.

Bereinsvorsitzender Kleiner.

Nagold.

Wenn

Sie einen Neubau ausstatten
oder einen verbrauchten Ofen oder Herd
ersetzen müssen, so besichtigen Sie zuvor unser großes Lager in

Oefen u. Herden

Sie werden über die Reichhaltigkeit und Gediegenheit der Auswahl überrascht sein und leicht Ihre Auswahl treffen können.

Frühbezug und direkter Werksbezug in Ladung
ermöglichen uns Ihnen äußerst günstige Preise zu stellen.

Fernruf 1 **Berg & Schmid** Fernruf 1

Durch Unrecht wird kein Recht!

Jeder anständig denkende Mensch bleibt morgen von der Urne fern!